

INTERNATIONALE RUNDSCHAU

Bilanz und Perspektiven der USA in Vietnam

Der Vietnamkrieg, als kleines, wenig bedeutendes Engagement der Vereinigten Staaten begonnen, ruft ihre Ratlosigkeit hervor. Das kleine Abenteuer hat sich zum größten militärischen Konflikt seit dem Ende des letzten Weltkriegs entwickelt. Noch nie waren amerikanische Streitkräfte in solchem Umfang mobilisiert; das koreanische Beispiel ist bereits überboten. Eine halbe Million Soldaten steht im Krieg, ein Drittel des gewaltigen Militärbudgets wird für Vietnam verwendet. Die viele Jahre unwichtige Saigoner Szene beginnt, auf die gesamte amerikanische Politik einen entscheidenden Einfluß auszuüben. Sie wird im Mittelpunkt der fälligen Präsidentenwahl 1968 stehen. Keinem gelingt es mehr — wie es noch vor einem oder zwei Jahren der Fall war —, Vietnam zu übersehen oder es als harmlos mit einer leichten Hand abzutun. Das kleine Land im Fernen Osten ist zum Schicksal der größten Militärmacht der Welt geworden. Das eigentlich Fatale ist noch nicht einmal der massive Einsatz des amerikanischen Heeres; es ist die offensichtliche Erfolglosigkeit seiner Bemühungen. Drei Jahre hält nun die systematische Bombardierung Vietnams an, welche die baldige Entscheidung herbeiführen sollte.

Am 6. Februar 1965 flogen amerikanische Flugzeuge zum erstenmal Einsätze gegen Nordvietnam. Seit dieser Zeit steigerten sich Ausdehnung und Intensität der Bombardierungen, das im Zweiten Weltkrieg Bekannte weit übertreffend. Im Verlauf der letzten drei Jahre wurden 1,5 Millionen Tonnen Sprengstoff abgeworfen, fast dreimal soviel wie amerikanische Flugzeuge im letzten Krieg über Deutschland abwarfen. Bedenkt man die geringere Fläche Vietnams, so ergibt sich ein Bild wahrhaft apokalyptischer Zerstörung.

Trotz dieses Feuereifers ist das Resultat dennoch äußerst bescheiden. Gewiß, die materiellen Zerstörungen sind offenkundig. Das amerikanische Oberkommando geizt nicht mit triumphierenden Berichten: Alle Sprengstofffabriken und Stahlwerke seien zerstört, 90 Prozent der Zementwerke und die Hälfte aller Brücken seien vernichtet, ein Viertel der Flugfelder, ein Fünftel der Marinestützpunkte unbrauchbar.

Doch es gibt andere, nicht weniger imposante Tatsachen. Die Angriffe gegen Nordvietnam, welche die Kriegslage entscheidend verbessern sollten, haben das erhoffte Resultat nicht herbeigeführt. Das Regime ist in seinem Widerstandswillen nicht weicher, eher härter geworden. Es sind nicht nur die Regierungsleute, die davon sprechen, den Krieg unter Umständen zehn oder zwanzig Jahre zu führen. Ausländische Reisende haben von dem erstaunlichen Geist des Volkes berichtet. So schrieb der französische Journalist *Olivier Todd* über seine dortigen Erlebnisse: „Die Moral der

Einwohner von Hanoi wie aller Nordvietnamesen, die ich in 57 Tagen sah, ist unerhört: Man muß an Ort und Stelle gewesen sein, um sich darüber eine genaue Vorstellung machen zu können."

Mehr denn je zeigte es sich, daß Luftangriffe die Moral eines kampfgewillten Volkes nicht brechen können. Außerdem ist Vietnam als ein wirtschaftlich zurückgebliebenes Land durch solche Angriffe weit weniger verwundbar als ein modernes Industrieland mit empfindlichen Wirtschaftszentren. Die Vietnamesen leben unterhalb der Schwelle industrieller Zivilisation, was sie seltsamerweise viel widerstandsfähiger macht. Das ist die eine Seite der amerikanischen Fehlrechnung, die weit mehr amerikanische als vietnamesische Bedingungen berücksichtigt hat. Andererseits erwies sich die Hoffnung, daß die Luftangriffe im Norden die Lage im Süden verbessern würden, als trügerisch.

Auch darüber gibt es präzise Zahlen aus amtlicher amerikanischer Quelle. Nach neuesten Schätzungen sollen die Partisanentruppen rund 300 000 Mann umfassen. Das ist die bisher höchste von US-Stellen genannte Ziffer. Die Zahl der amerikanischen Gefallenen stieg von 1300 im Jahre 1965 auf 5500 allein im ersten Halbjahr 1967, was fast einer Verzehnfachung gleichkommt. Es gibt mehr als Hunderttausend Getötete und Verwundete.

In derselben Zeit wurde mitgeteilt, daß die amerikanische Armee ein Drittel der südvietnamesischen Dörfer kontrolliere: genau soviel Dörfer beherrschte sie vor dem Beginn ihrer großen Offensive. Noch nie hatte man einen solchen Eindruck von rastloser, doch ergebnisloser Tätigkeit. Während tausende Einsätze im Monat geflogen werden, hunderttausende Tonnen von Sprengstoff, Napalm, Gas auf das Land niedergehen, denkt man an ein wahn Sinnig-nutzloses Toben im Kreise.

Präsident *Johnson* hat ständig neue Schleusen der Eskalation geöffnet. Gab es zu Beginn des Jahres 1967 noch 70 Ziele in Nordvietnam, die amerikanische Flieger *nicht* angreifen durften, so gibt es jetzt nur noch drei, die ausgespart werden, um internationalen Komplikationen, die verhängnisvoll sein könnten, aus dem Weg zu gehen. Sämtliche strategischen Pläne wurden über den Haufen geworfen, eine Reihe von offensiven Vorstößen endete mit einem Mißerfolg. So wurde im Januar 1967 vergeblich der Versuch unternommen, im Mekong-Delta Fuß zu fassen. Die darauf erfolgte Aktion, den um die Hauptstadt Saigon lagernden Partisanenring zu sprengen, scheiterte gleichfalls.

Im Herbst 1967 zeigte es sich geradezu, daß der so oft totgesagte Gegner die Initiative an sich riß und stark befestigte amerikanische Stützpunkte angriff. Die Schlacht bei dem 500 Kilometer nördlich von Saigon gelegenen Dak

To ist der überzeugendste Beweis für die Fehlschläge der amerikanischen Strategie. Sie drückte eine qualitative Veränderung der Lage aus. Kämpften bisher nur kleine Gruppen gegeneinander, war es bisher ein Krieg ohne feste Fronten, so standen diesmal 16 000 Amerikaner 12 000 Vietnamesen gegenüber. Es war eine auf beiden Seiten mit schweren Waffen ausgetragene Feldschlacht, die dem konventionellen Krieg glich. Daß die Partisanen zu einer solchen Anstrengung fähig waren, unterstreicht die Erfolglosigkeit der vorangegangenen amerikanischen Bemühungen. Wenn die US-Truppen diesen Kampf nach schwerem Ringen letztlich auch gewannen, so wurde doch ersichtlich, daß sie es mit einem Gegner zu tun haben, dem sie keineswegs das Rückgrat brachen, sondern der erhöhte Kräfte aufbieten kann. Der Sieg von Dak To hat nichts entschieden, eher erinnert er an einen Pyrrhussieg. Wurde die eine Höhe erobert, so gibt es im Umkreis noch viele andere in der Hand der Partisanen. Höhe um Höhe, Urwaldzone um Urwaldzone müßte ihnen abgerungen werden: ein gewiß weiter Weg, der noch längst nicht vom Sieg sprechen läßt.

Der Rücktritt des Verteidigungsministers steht im unmittelbaren Zusammenhang mit den militärischen Fehlschlägen. *McNamara* war für die Führung der Operationen verantwortlich, der bisherige Kriegsverlauf ist mit seinem Namen unzertrennlich verbunden. *McNamara* setzte sowohl die Truppenverstärkungen wie die erweiterten Luftangriffe durch. Mehrfach hatte er den bevorstehenden guten Ausgang der Sache verkündet. Doch im Sommer 1967 traten ernste Verstimmungen zwischen ihm und dem Generalstab auf, der eine radikale Verschärfung des Krieges befürwortete. *McNamara* gab damals zu verstehen, daß er vom Scheitern der Luftoffensive überzeugt sei und sich von einer neuerlichen Eskalation nichts Positives versprach. Man kann annehmen, daß dieser Mann scharfen Intellekts letztlich die negative Bilanz seines Unternehmens erkannt hat und aus dieser Erkenntnis gewisse Schlüsse zog.

Die ohnehin geschwächte Position des Präsidenten ist durch den Abgang dieser stärksten Stütze seiner Politik gewiß nicht gefestigt worden. *Johnsons* Aussichten sind in seinem Lande kaum besser als in Vietnam: sie sind das Spiegelbild der fernöstlichen Misere. Die Opposition wird nicht nur von radikalen Pazifisten und rebellischen Studenten getragen; sie wird auch nicht nur von einigen Senatoren wie *Fulbright* repräsentiert, die lange Zeit als (wenn auch wichtige) Einzelgänger wirkten. Der Widerstand gegen *Johnson* hat an Ausdehnung gewonnen und erfaßt sowohl die Republikanische wie die Demokratische Partei.

Der Wahlkampf um die Präsidentschaft wirft seine Schatten voraus, und es ist damit zu rechnen, daß *Johnson* es mit Rivalen zu tun haben wird, die einem friedlicheren Vietnam-

kurs das Wort reden. Bei den Republikanern ist es Gouverneur *Romney*, der sich um die Präsidentschaft bewerben will; *Romney* verwirft das große Engagement in Ostasien und meint, die Vereinigten Staaten hätten sich „von einem Signal der Hoffnung für die Menschen in aller Welt in ein Land verwandelt, das als kriegerisch und anmaßend gelte“. Ähnliche Ansichten äußerten die bekannten Generale *Ridgway* und *Gavin*. Selbst General *Taylor*, der als Chef des Vereinigten Stabes und späterer Botschafter in Saigon die amerikanische Vietnampolitik maßgeblich mitbestimmt hat, bekannte jetzt skeptisch, Amerika müsse sich künftig vor ähnlichen Abenteuern hüten.

Am gefährlichsten für Johnson ist natürlich die Fronde in seiner eigenen Partei. Senator *Eugene McCarthy* hat sich bereits als sein Gegenkandidat erklärt. Er bezeichnete den Vietnamkrieg als „unmoralisch“ und erhob sich dagegen, daß der Geist seines Landes von „Frustration, Furcht und Unsicherheit“ gekennzeichnet sei.

Hinter dem Senator von Minnesota zeichnet sich die Gestalt *Robert Kennedys* ab. Da die Beziehungen zwischen beiden Politikern eng sind, hält man es für möglich, daß *McCarthy* als Wegbereiter für eine Kandidatur *Kennedys* auftritt. Die Popularität des Bruders des ermordeten Präsidenten ist im Wachsen, und obwohl niemand weiß, ob er die Statur eines Staatsmannes wirklich besitzt, stellt er für viele eine Hoffnung dar, um Johnson im Weißen Haus abzulösen. Seine Haltung zum Vietnamkonflikt war widerspruchsvoll, was nicht überraschen kann, da er bisher vor allem als Fürsprecher der Politik von John F. Kennedy auftrat. Mit den wachsenden Schwierigkeiten Johnsons wurde die Kritik *Robert Kennedys* wesentlich schärfer. Ein wenig auf den Spuren von Professor *Schlesinger*, greift er nunmehr die Grundsätze der Vietnam-Intervention an: Die Vereinigten Staaten sollten zum Rückzug bereit sein und eine friedliche Lösung anstreben, indem sie mit dem Gegner Verhandlungen aufnehmen. *Kennedy* beschuldigt die Regierung, im vergangenen Winter eine Friedenschance zerstört zu haben. Das ist eine Anspielung auf abgewiesene Kontaktversuche, die UNO-Generalsekretär *U Thant* ebenfalls zur Sprache gebracht hatte.

Die Stellung des Präsidenten könnte kaum schlechter sein, da er gleichzeitig von links und rechts angegriffen wird. Den einen und den anderen vermag er jedoch nichts Stichhaltiges zu bieten: sein Weg hat sich als ungangbar erwiesen. Johnson steht vor der Alternative, den Frieden zu suchen oder den Krieg auszudehnen. Der geschliffene Taktiker, darauf bedacht, jeder großen Entscheidung auszuweichen, ist gezwungen, eine folgenschwere Wahl zu treffen. Von den Liberalen bedrängt, unterliegt er dem Druck der Generale, die eine weitere Truppenverstärkung, die Intensivie-

rung der Luftangriffe, die Ausdehnung des Landkrieges nach Nordvietnam, die Blockade Kambodschas verlangen.

Eine Erfüllung dieser Forderungen würde den Krieg unweigerlich bis an den Punkt vortreiben, wo er in eine neue Qualität umschlagen müßte. Wahrscheinlich wäre der Kriegseintritt Chinas dann nur eine Frage kurzer Zeit. Man war immer der Ansicht, daß ein zu Lande vorgetragener Angriff gegen Nordvietnam den Einmarsch der Soldaten *Maos* auslösen könnte, genauso wie seinerzeit das Überschreiten der nordkoreanischen Grenze durch amerikanische Truppen. Es ist unwahrscheinlich, daß Peking der Zwangung des Hanoi-Regimes tatenlos zusehen wird. Dieses Regime wird als kostbarer Schutzwall angesehen, dessen Fall China gefährden müßte.

Amerikanische Andeutungen von höchster Stelle können als eine Vorbereitung auf eine mögliche Ausweitung des Krieges betrachtet werden. In der Abwehr seiner Kritiker unternahm es Johnson, dem Vietnamkrieg eine internationale Bedeutung zu geben: er verglich ihn mit dem Zweiten Weltkrieg. Der heutige *Hitler* heißt nach seiner Ansicht *Mao*. Außenminister *Rusk* präzierte die These, indem er sagte: „In ein oder zwei Jahrzehnten wird es eine Milliarde Chinesen mit Atomwaffen geben.“

Damit wurde ausgedrückt, daß der Vietnamkrieg eigentlich eine Maßnahme in der Auseinandersetzung mit China darstelle. Das erklärt die besonders große Schwierigkeit einer Lösung des Konflikts: auf der Tagesordnung steht weniger Vietnam als die Gestaltung der amerikanisch-chinesischen Beziehungen. Nun ist die These von *Rusk* zweifellos unanfechtbar: es wird eine Milliarde Chinesen mit Atomwaffen geben. Doch ist es falsch, daraus den Schluß zu ziehen, die Beziehungen zwischen Amerika und China könnten sich nicht friedlich entwickeln, müßten zu kriegerischer Spannung führen. Dieser Schluß wäre nicht besser als der einst geäußerte Satz von der unvermeidlichen militärischen Konfrontation zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion oder zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Nichts vermag die Annahme auszuschließen, daß nicht auch friedliche Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und China möglich sind.

Um ein solches Ziel zu erreichen, ist es freilich notwendig, sich von dem ein für allemal gegebenen chinesischen „Feindbild“ freizumachen. *U Thant* — und mit ihm zahlreiche westliche Staatsmänner — ist der Ansicht, daß der Radikalismus Pekings viel eher in Worten als in Taten besteht: er ist vor allem eine Antwort auf die feindselige Politik der Vereinigten Staaten. Trotz ihrer radikalen Gesten haben die chinesischen Verantwortlichen bisher eine bemerkenswerte Zurückhaltung gezeigt

und nicht den Aggressionswillen zum Ausdruck gebracht, den die amerikanische Regierung ständig anführt. Washington ist ein Opfer des von ihm projizierten „Feindbildes“ geworden: dies diktiert die Politik, nicht die Wirklichkeit. Mit Arthur M. Schlesinger können wir sagen: „Die Behauptung, daß die Vereinigten Staaten und China sich in tödlichem Kampf auf dem asiatischen Festland gegenüberstehen müssen, ist nicht empirische Beobachtung, sondern Prophezeiung, auch wenn sie sich als historische Analogie maskiert.“

Johnson, der — bevor er ins Weiße Haus zog — sich als Gegner einer einseitig ostasiatischen Orientierung bekannte, ist durch den mechanischen Ablauf des Geschehens allmählich zum Wortführer der „Asia first“-Prediger geworden, die in der Auseinandersetzung mit Peking die zentrale Aufgabe der amerikanischen Politik erblicken. Das neuerliche Veto der USA gegen einen Eintritt Chinas in die Vereinten Nationen bestätigte den starren Willen, am alten Kurs festzuhalten. Dadurch wird ein wirksames Eingreifen der internationalen Organisation in die Vietnamfrage verhindert, eine Tatsache, welche die Appelle der amerikanischen Regierung, die UNO solle sich für den Frieden in-Vietnam bemühen, als recht platonisch erscheinen läßt. Nicht ohne Angst muß man sich fragen, ob es noch möglich ist, Johnson von der letzten Konsequenz seiner Politik abzuhalten.

Heinz Aboch

Katholische Kirche und Kommunismus

Der Tod des Vietnamkriegsapostels Kardinal *Spellman*, der Rücktritt des vatikanischen Rechtsaußen Kardinal *Ottaviani* vom Amte eines Leiters des „Heiligen Offiziums“ und vor allem die Ernennung seines Widersachers, des jugoslawischen Erzbischofs *Seper* — einem Exponenten der „Fortschrittlichen“ auf dem Konzil — zu dessen Nachfolger, haben zu einer wesentlichen Konsolidierung des vatikanischen „Linkskurses“ geführt, den Johannes XXIII. eingeleitet hatte. Zum ersten Male ist mit *Seper* ein Kirchenmann aus einem kommunistischen Lande auf einen der höchsten Posten im Vatikan gerückt, der nicht etwa im Exil lebte, sondern sich im Gegenteil zu Hause in Zagreb mit dem kommunistischen Regime gut vertragen hatte.

Die Entwicklung hat sowohl auf vatikanischer wie auf kommunistischer Seite — wo einmal mehr Jugoslawien eine Avantgardistenrolle spielt — ein überraschendes Tempo eingeschlagen. Falls dieses Tempo weiter eingehalten wird — und manches spricht dafür —, dürfte es vielleicht nicht mehr allzulange dauern, bis der Papst sich zu einer Reise nach Moskau entschließt, und sei es auch „nur“, um den orthodoxen Patriarchen zu besuchen . . .

Das Tempo der Entwicklung im kommunistischen Lager läßt sich besonders gut am Beispiel Jugoslawiens erkennen. Dabei ist davon auszugehen, daß ein ansehnlicher Teil des katholischen Klerus von Kroatien — wohl wesentlich in einer nationalistischen Kampfposition gegen die serbische Orthodoxie — die faschistische *Ustascha* von *Amte Pavelic* unterstützt und so die Kirche aufs schwerste politisch und moralisch kompromittiert hatte. Man kann es deshalb verstehen, daß die jugoslawischen Kommunisten nach Kriegsende die kroatische Kirche nicht eben sanft anfaßten und Kardinal *Stepinac* — den Kardinal der Kriegszeit — kurzerhand ins Gefängnis warfen. Nach einigen Jahren wurde die Gefängnishaft in Hausarrest umgewandelt und als *Stepinac* 1960 starb, ließ das Regime es sogar zu, daß der Kardinal im Zagreber Dom ein Ehrengrab erhielt, das seither ständig von betenden und Kerzen spendenden Gläubigen umsäumt ist.

Parallel zu der sich abzeichnenden Wandlung der Haltung des Vatikans dem Problem des Kommunismus gegenüber begann sich dann auch die Haltung der jugoslawischen Kommunisten der Kirche gegenüber zu wandeln. Es wurden ihr immer mehr Rechte eingeräumt, so daß etwa die kirchlichen Veröffentlichungen — Zeitungen, Zeitschriften usw. — von 7 Millionen Exemplaren im Jahre 1964 auf 13,5 Millionen Exemplare im Jahre 1965 emporschnellten. 1967 gab es in 46 kirchlichen Schulen 3250 katholische Studenten und in einem einzigen Jahre sind 150 neue Priester geweiht worden. *Glas Koncila*, die Zweimonatsschrift des Zagreber Bischofs, erreichte vor einem Jahr eine Auflage von 250 000 Exemplaren und — ein erheblicher Schock für die Kommunisten! — an Weihnachten 1966 sind allein in Zagreb 400 000 Schallplatten mit religiösen Liedern verkauft worden. (Wobei nicht minder erstaunlich ist, daß in einem kommunistischen Lande eine solche Menge von Platten mit religiösen Liedern hergestellt worden war.)

Im Juni 1966 wurde die Annäherung amtlich besiegelt, indem der Vatikan und Jugoslawien in Belgrad ein Protokoll unterzeichneten, das u. a. den Austausch von offiziellen Vertretern vorsah. Von nun an mehrten sich in den kommunistischen Parteiorganen die Stimmen, die die Gläubigen zur Mitwirkung am „Aufbau des Sozialismus“ aufforderten. So schrieb schon im Oktober 1966 der atheistische Parteitheoretiker Dr. *Esad Cimic* im „Kommunist“, dem Organ des Zentralkomitees der Partei, die Religion könne in Jugoslawien nicht mehr länger als ein Hindernis für den Aufbau des Sozialismus angesehen werden und der Beruf des Priesters schein ihm so nötig zu sein wie andere Berufe, wenn die Priester den Menschen wirklich Trost spenden könnten. Im Februar 1967 konnte die Za-

greber Zeitung *Vjesnik* sogar die geradezu sensationelle Nachricht veröffentlichen, daß eine Gruppe von Marxisten und katholischen Theologen unter der Leitung eines Kommunisten eine neue Ausgabe der Bibel vorbereitete . . .

Ungefähr gleichzeitig verlangte Erzbischof Seper in seiner Zeitschrift mehr Ellbogenfreiheit für die Kirche, damit sie u. a. die Gläubigen über Rundfunk und Zeitungen über die Wandlungen der Haltung des Vatikans seit dem Konzil aufklären könne. Das Politbureau der kroatischen Partei stellte kurz darauf in einem Bericht selbst fest, die Haltung der Kirche und auch ihre innere Struktur hätten sich stark gewandelt, ein Dialog mit der Kirche sei nun möglich und nützlich und die Kommunisten dürften im Kampf gegen den religiösen Einfluß keine administrativen Maßnahmen mehr anwenden. Jede Art von Vulgarisierung des religiösen Problems und jede Intoleranz sei zu vermeiden. Die Gläubigen wurden aufgefordert, innerhalb der Massenorganisationen — so etwa in der Sozialistischen Allianz — Aufgaben zu übernehmen. Die fortschrittlichen Kräfte innerhalb der Kirche seien zu unterstützen, der Kirche dürfe es jedoch nicht erlaubt werden, sich wieder als eine politische Kraft zu etablieren.

Noch vor wenigen Jahren wäre eine solche Annäherung von Kirche und Kommunismus als undenkbar erachtet worden. Aber was sich in Jugoslawien abspielt, ist nur eine besonders avantgardistische Spielart des „stummen Dialogs“, der zwischen dem Vatikan und Moskau begonnen hat. In der letzten Enzyklika *Populorum Progressio* hatte der Vatikan unverwechselbar sozialistische Töne angeschlagen: das Privateigentum, so heißt es da, sei „für niemand ein unbedingtes und unumschränktes Recht“. Der „ungehemmte Liberalismus“, der den Profit als den eigentlichen Motor des wirtschaftlichen Fortschritts und das Eigentum an den Produktionsgütern als ein absolutes Recht, ohne entsprechende Verpflichtungen der Gesellschaft gegenüber, betrachte, wird als die Ursache des „internationalen Imperialismus der Hochfinanz“ gebrandmarkt. Deshalb verlange das Gemeinwohl manchmal eine Enteignung . . .

Das Echo aus Moskau blieb nicht aus. *W. Ardatowski* schrieb in *Sowjetunion heute* im April 1967: „Die Enzyklika enthält die schärfsten Worte gegen den Kapitalismus, seitdem Jesus die Wucherer und Geldwechsler aus dem Tempel verjagte.“ Diese Enzyklika bedeute deshalb einen großen Fortschritt in der sozialen Doktrin der Kirche. Wahrlich: es ist nicht mehr möglich, zu sagen, eher gehe ein Kamel durch ein Nadelöhr als daß ein Papst zu Besuch im Kreml erscheine . . .

Dr. Arnold Künzli